

(4.3) Politisch-institutionelle (Fach-)Öffentlichkeit

(4.3.1) Allgemeine Einschätzung

Was schließlich die Frage der Verankerung alternativer Kennziffern, eines damit verbundenen Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses bzw. einer darauf basierenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der politisch-institutionellen (Fach-)Öffentlichkeit betrifft, dominiert hinsichtlich der praktischen Relevanz der Debatte eine weitgehend negative Einschätzung. Im Bereich der Wissenschaft meint etwa Margit Schratzenstaller (INTV), dass „den offiziellen Institutionen [...] eine wohlstandsorientierte – im Sinne von *Well-being*-orientierte – Politik kein explizites Anliegen“ sei. Ambivalenter fällt die Einschätzung hingegen im Hinblick auf die Frage des theoretischen Wissens um die Beschränktheit des BIP als Kennziffer gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts aus. So vertritt etwa Karl Aiginger (INTV) in Bezug auf diese Frage eine positive Einschätzung:

„Die Tatsache, dass das Bruttoinlandsprodukt kein ideales Wohlfahrtsmaß ist, ist durchgedrungen und wird von allen geteilt. [...] Heute [kann] niemand mehr in einer Diskussion einfach sagen [...]: ‚Es geht uns eh gut, weil das BIP gestiegen ist um 1,4 Prozent‘. Also mit dieser *Message* kommt man bei einem Publikum nicht mehr durch. [...] Das sehe ich auch aufseiten der Politik: Also heute gibt es fast niemand mehr, der sagt, Verteilungsfragen sind gleichgültig. [...] Und genauso beim Klimawandel“.

Erstgenannter Aspekt, also die praktische Irrelevanz des Themas in der politisch-institutionellen Öffentlichkeit, wird auch von Politik und Medien betont: Nachdem die Debatte nämlich „in der Tagespolitik [...] gar keine Rolle“ spiele, Wirtschaftspolitik jedoch stark tagespolitisch orientiert sei, habe sie „keine praktische Relevanz“ (Krainer INTV). Das heißt, „das findet keinen Niederschlag in einer politischen Debatte“ (Ortner INTV) bzw. allenfalls auf konzeptioneller, nicht jedoch auf praktischer Ebene: „Die wirtschaftspolitische Praxis richtet sich danach, das BIP zu steigern. [...] [D]ie Wachstumsdebatte, die Debatte um Indikatoren spielt [...] in der echten Wirtschaftspolitik [...] keine Rolle“ (Gepp INTV).

Seitens der Verwaltung wird darauf verwiesen, dass bspw. im Umwelt- und Sozialressort die Diskussion um die für sie jeweils relevanten Indikatoren – im ersteren Fall etwa im Bereich Klima- und Energiepolitik, im letzteren Fall etwa im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung – durchaus von Bedeutung sei. Auf politischer Ebene hingegen ist die Debatte, wie Johannes Schweighofer (INTV), Leiter der Abteilung für Internationale Arbeitsmarktpolitik im BMASK, ausführt, „noch nicht wirklich angekommen“. Deshalb sei ihre praktische Relevanz – „abgesehen von Sonntagsreden und von irgendwelchen

blumigen Worten“ (ebd.) – auch zu vernachlässigen. In beinahe identischer Form beschreibt Norbert Feldhofer (INTV) die Situation: „Also so in der praktischen Welt ist das, glaube ich, noch nicht wirklich angekommen.“ (vgl. ähnlich Bernhofer INTV)⁵⁵ Und auch für den Umweltbereich formuliert Martina Schuster (INTV) einen vergleichbaren Widerspruch: „Super Zahlen und Zeitreihen, sie sind Grundlage für wissenschaftliche Analysen, aber kaum einer nimmt sie als Grundlage für politische Entscheidungen“. ⁵⁶

Auch aufseiten der Verbands- und NGO-VertreterInnen wird die Einschätzung weitgehend geteilt, dass von einer wirtschaftspolitischen Relevanz der Debatte „[b]is jetzt noch nicht wirklich“ (Muhm INTV) gesprochen werden könne bzw. dass Initiativen wie *WGÖ?* bislang „nicht [...] einen maßgeblichen Einfluss auf die Politikgestaltung“ (Wallner INTV) haben.⁵⁷ Wenngleich man laut Dwora Stein (INTV) aus Berichten wie *WGÖ?* „sehr viele Anregungen [...] beziehen kann“, gebe es bislang auch kaum einen politischen Akteur, der das Thema „ganz oben auf der Agenda hat und das vorantreiben würde“ (Stein INTV). Mehr noch sei – wie Judith Pühringer (INTV) mit Blick auf *Beyond GDP* meint – hinsichtlich der politischen Relevanz sogar eine rückläufige Tendenz zu konstatieren: „Wo ist sie verankert, wo zeigt sie Wirkung? Also ich habe nicht das Gefühl, dass es Auswirkungen gehabt hätte. [...] Alles, was eben ein Stück weit *beyond* einer Mainstream-Agenda passiert, ist für mein Empfinden in den letzten fünf Jahren wieder ganz stark in den Hintergrund gerückt“.

(4.3.2) Problemformulierung

Was die mangelhafte Verankerung der Debatte in der politisch-institutionellen

⁵⁵ Zugleich wird betont, dass bei tagespolitischen Entscheidungen „das Entscheidungsraster immer schon *Beyond GDP* war, ohne dass man irgendeinen Indikator dafür zu Rate gezogen hat [...]: Die Politik hat nicht einen eindimensionalen Fokus“ (Bernhofer INTV). Entsprechend seien „diese Themen sowieso immer mitdiskutiert“ (Wallner INTV) worden. Mehr noch als für die Bundes- gelte dies für die regionale Ebene, wo Fragen der Lebensqualität stets von größerer Relevanz waren als solche des – in diesem Fall – Bruttoregionalprodukts (vgl. Himpele INTV; Waltner INTV).

⁵⁶ Wenngleich ein mittelbarer Einfluss über das Einwirken auf das politische Bewusstsein der EntscheidungsträgerInnen zum Teil gegeben sein mag, sei die Debatte um alternative Indikatoren hier insofern „irrelevant, weil sie sozusagen kein Faktor im politischen Entscheidungsprozess sind“ (Bernhofer INTV). Entsprechend gelte es immer wieder die Frage zu stellen: „Warum werden die Indikatoren, die wir haben, eigentlich nicht angewandt, und was sind die Hindernisse?“ (Schuster INTV)

⁵⁷ Mit Verweis auf die konstatierte Wirkungslosigkeit der angesprochenen Projekte auf Ebene der Vereinten Nationen (z.B. *Millennium* bzw. *Sustainable Development Goals*) wird von manchen der interviewten NGO-VertreterInnen die politische Relevanz der Debatte zum Teil auch umfassender infrage gestellt. So meint etwa Alexandra Strickner (INTV), Koordinatorin der zivilgesellschaftlichen Allianz *Wege aus der Krise*: „[D]ie Frage [ist], wie hilfreich sind [...] diese Indikatoren, wenn du halt damit nicht wirklich etwas voranbringen kannst?“